

Informationsvorlage -öffentlich-	Drucksache: FB2/0182/2017 vom 8. Juni 2017
Gremium	Sitzungstermin
Ausschuss für Schule und Sport	27.06.2017

Kommunalpolitisches Praktikum

In der Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport am 09.05.2017 wurde von einer Vertreterin des Jugendamtes der Stadt Viersen über das dort seit 10 Jahren mit Erfolg durchgeführte Jugendprojekt „Jugendpolitisches Praktikum“ referiert. Das Projekt richtet sich an Schüler ab der Klasse 9 in allen weiterführenden Schulen. Die wesentlichen Bestandteile des Projektes sind neben der Vorveranstaltung – so wie in der Niederschrift der letzten Sitzung erläutert - das Speed Debating, die Einführung in die Grundzüge der Kommunalpolitik (ohne theoretisches Hintergrundwissen, keine Praxis anwendbar), der Besuch einer Fraktions- und einer Ausschusssitzung sowie die Durchführung eines Planspiels, in dem die Teilnehmer die Möglichkeit erhalten Politik zu erproben.

Grundvoraussetzungen und Empfehlungen für das Projekt

Nach Auskunft der Fachkraft aus Viersen werden für das Projekt 50 Schüler aus weiterführenden Schulen benötigt. Von den in Viersen bestehenden 7 in Betracht kommenden Schulen sei die erforderliche Anzahl an interessierten Jugendlichen in den letzten Jahren annähernd, nicht immer gänzlich, erreicht worden. Dies vor dem Hintergrund, dass das Projekt in der Freizeit der Schüler, also nicht während des Unterrichtes, in den Abendstunden und auch an Wochenenden stattfindet.

In Viersen wurde das Projekt einmal jährlich, innerhalb von 2 Wochen an 3 Abenden (je von 18.00 bis 20.00 Uhr) und an einem Samstag (von 11.00 bis 17.00 Uhr) durchgeführt. Dazu kam die vorgeschaltete Intro-Veranstaltung „Speed-Debating“ (ca. 1,5 bis 2 Wochen vorher).

Etabliert und auch allgemein empfohlen wird die Begleitung des Projektes durch eine hauptamtliche Fachkraft in der Verwaltung, die für die aufwendige Planung, Gesamtorganisation, Werbung und Durchführung zuständig ist. Diese Fachkraft sollte gute Kenntnisse in den Verwaltungsbereichen haben, die für Jugendliche Relevanz haben können, wie z.B. Jugend, Schule, Kultur, Sport, Stadtentwicklung, Straßenverkehr. Die jeweiligen Fraktionen sind mit jeweils zwei Vertretern aktiv beteiligt.

Umsetzung des Projektes in der Stadt Meerbusch

Verwaltungsseitig wird das Kommunalpolitische Praktikum als pädagogisch sinnvolle Ergänzung zu den bereits bisher umgesetzten und geplanten Aktivitäten in der Jugendbildungsarbeit gesehen. Hier lernen Jugendliche in der Praxis, wie Politik auf kommunaler Ebene funktioniert und werden für ihre Beteiligung befähigt. Zudem werden sie gleichzeitig motiviert, sich selbst einzubringen. Die Stadt Meerbusch fördert in diesem Zusammenhang stetig Projekte zur politischen Partizipation. Beispielhaft sei die durch Schüler initiierte und geplante Installation eines Skaterparks oder die in Meerbusch im September 2017 stattfindende U-18 Wahl genannt. Hierbei nehmen Jugendliche unter 18 unter gleichen Bedingungen wie bei der danach stattfindenden Bundestagswahl an einer Wahlveranstaltung teil, um das Prozedere kennenzulernen. Dieses politische Lernprojekt fand bereits in der

Vergangenheit mehrfach in vielen Städten Deutschlands statt (Bei der Landtagswahl 2017 in NRW haben 35.000 Kinder in 400 Wahllokalen gewählt). Die Stadt Meerbusch beteiligt sich in diesem Jahr zur Bundestagswahl daran.

Bezugnehmend auf das nun durchzuführende Projekt „Kommunalpolitisches Praktikum“ wird es bei nur vier weiterführenden Schulen in der Stadt Meerbusch schwierig sein, die erforderliche Anzahl interessierter Schüler (50) zu erreichen. Hier ist nur über eine sehr enge Kooperation mit den Schulen und einer Implementierung des Themas und des Projektes in den Unterricht eine erfolversprechende, verbindliche Durchführung zu erwarten. Zudem wird in allen die Jugendlichen betreffenden Institutionen, insbesondere den Jugendzentren für die außerschulische Durchführung, aber auch in den Jugendverbänden und dem Stadtjugendring, kontinuierlich Werbung für das kommunalpolitische Praktikum gemacht werden müssen. Hierzu sind der grundsätzliche Austausch und die Zustimmung dieser Institutionen notwendig, um ein nachhaltiges Projekt, das sich nicht nur kurze Zeit hält, ins Leben zu rufen.

In den derzeit geführten Gesprächen über eine Neuausrichtung des JuCas hin zu einer Gemeinwesen-Einrichtung für *alle* Generationen, könnte das Kommunalpolitische Praktikum ebenfalls als Thema einfließen und hier die notwendige Verbindung zwischen Jugendlichen und Erwachsenen „generationenübergreifend“ bieten.

Der im Jugendamt angesiedelte Bereich „Zusammenarbeit Jugendhilfe und Schule“ befasst sich seit Jahren mit dem Austausch beider Institutionen. In enger Zusammenarbeit mit allen Meerbuscher Schulen, dem Stadtjugendring und den Jugendzentren werden aktuelle Entwicklungen und Probleme aufgegriffen, diskutiert und Maßnahmen zur Behebung vorgenommen. So wurden in der Vergangenheit Präventionsprojekte zur Vermeidung von Überschuldung junger Menschen (Knete, Krisen, Kompetenzen), aber auch Seminare für Lehrer und Schulsozialarbeiter zum Thema Mobbing oder der Qualitätsentwicklung im Offenen Ganztage erfolgreich durchgeführt. Zudem standen und stehen in den regelmäßig stattfindenden Konferenzen zwischen Jugendhilfe und Schule das konkrete Vorgehen bei Einzelproblemen und Grundsatzfragen, bis hin zum Verhalten bei einer möglichen Kindeswohlgefährdung, im Vordergrund.

Ausgehend von der oben genannten Anforderung, das Projekt solle von einer hauptamtlichen, sozialpädagogischen Fachkraft in der städtischen Verwaltung verantwortet werden, wäre im Stellenplan 2018 1/3 Anteil einer Vollzeitstelle vorzusehen.

Als erster Schritt würde, zu Beginn des Schuljahres 2017/2018, in den oben genannten Gremien Werbung für das Projekt betrieben und die grundsätzliche Bereitschaft zur Mitarbeit und Umsetzung festgestellt werden. An der darauf folgenden Umsetzung im Laufe des Jahres 2018 würden dann alle oben genannten Gremien beteiligt.

In Vertretung

gez.

Frank Maatz
Erster Beigeordneter